Termin für die Protestaktion am Freitag gegen die Schließung der Geburtshilfe steht

Von einer „Massenbewegung“, die sich am kommenden Freitag aktiv für den Erhalt der Geburtshilfe im Kamener Krankenhaus einsetzen wollen, kann noch nicht gesprochen werden. Mit Stand von Montagmorgen sind es 20 Zusagen aus Bergkamen und 87 aus Kamen.

Sicherlich werden es mehr, wenn der Zeitpunkt bekannt ist. Die Aktion soll von 10 bis 13 Uhr in der Fußgängerzone vor dem San Remo laufen. Für diese Aktion machen inzwischen auch Hebammen ihre Klientinnen mobil. Ebenfalls am Freitag plant die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in der Kamener Innenstadt eine Informationskampagne in der Kamener Innenstadt. Es werden auch Unterschriftenlisten ausliegen.

Die Mitarbeiterinnen der Geburtshilfeabteilung protestierten bei einer Veranstaltung der IGBCE am Freitag in der Kamener Stadthalle für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die Gewerkschaft hatte den Kaufmännischen Direktor des Klinikums Westfalen, Diplom-Volkswirt *Michael Kleinschmidt* eingeladen, damit er sie über die medizinische Versorgung im östlichen Ruhrgebiet informiert.

Dass sie diese Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Kamen und den Nachbarstädten erheblich gefährdet sehen, daran ließen die etwa 30 Krankenschwestern und Hebammen keinerlei Zweifel aufkommen.

In den beiden Facebookgruppen „Du bist ein Bergkamener/Kamen“ laufen die Abstimmungen über eine Teilnahme an der Protestaktion am Freitag weiter.

Neuer Fahrbahnbelag für die Overberger Straße in Rünthe

Auch die Overberger Straße wird vom Sommer an in mehreren Schritten eine neue Asphaltdecke erhalten. Los geht es im ersten Bauabschnitt vom Kreisel mit der Rünther Straße bis zur Feldstraße.

Rund 390.000 Euro will sich die Stadt im ersten Schritt diese Baumaßnahme kosten lassen. Gern möchte sie die RAG an den Kosten beteiligen. Denn am schlechten Zustand der Overberger Straße seien nicht nur Frost und fehlender Erhaltungsaufwand in den vergangenen Jahren schuld, meint Technischer Beigeordneter Dr. Hans-Joachim Peters, sondern auch Bergschäden, wie er gegenüber dem Bergkamener Infoblog erklärte. Auf rund 30 Prozent taxiert er den Bergbauanteil. Die Verhandlungen mit der RAG sind noch nicht abgeschlossen.

Wichtig für die Anlieger ist, dass sie nicht zur Kasse gebeten werden. Auch künftig wird die Overberger Straße eine Breite von sieben Metern haben. Das garantiere, dass sich dort die Linienbusse begegnen können, ohne dass sie sich gegenseitig die Rückspiegel abfahren. Die VKU-Haltestellen werden den Bedürfnissen behinderter Menschen und der von Senioren, die mit einem Rollator unterwegs sind, angepasst.

Eine erhebliche Verbesserung gibt es auch für Radfahrer. Sie erhalten links und rechts Sicherheitsstreife. Die scheinen

außerdem auf Autofahrer oft wie eine Geschwindigkeitsbremse zu wirken.

Der gesamte Ausbauplan für die Overberger Straße, der vom Kreisel bis zur Beverbachbrücke reicht, wird am Mittwoch, 15. Mai, ab 17 Uhr den Mitgliedern des Ausschusses für Bauen und Verkehr im großen Ratssaal vorgestellt. Anlieger, die wissen wollen, was bald vor ihren Haustüren geschieht, sind herzlich willkommen.

Frostschäden auf der Töddinghauser Straße geht es an den Kragen

Die Anlieger der Töddinghauser Straße südlich des Kreisels an der Friedenskirche müssen sich ab diesem Sommer auf Baustellenlärm und die Verkehrsteilnehmer auf Einschränkungen einstellen. Der durch mangelhafte Pflege und harten Winterfrösten reichlich mitgenommene Straßenbelag wird erneuert.

Durch die Verkürzung der Insel besteht die Chance, auf der Töddinghauser Straße eine

Linksabbiegerspur in die Schulstraße anzulegen.

Die gute Nachricht für die Anlieger ist: Sie brauchen sich nicht an der Finanzierung nach dem Kommunalen Abgabegesetz (KAG) zu beteiligen, wie Technischer Beigeordneter Dr. Hans-Joachim Peters betont.

Für den ersten Bauabschnitt vom Kreisel bis zur Kurt-Piehl-Straße stehen 475.000 Euro zur Verfügung. Davon wird Straßen NRW für das Stück vom Kreisel bis zur Schulstraße 85.000 Euro tragen. Hierbei handelt es sich um eine Landesstraße.

Es gibt nicht nur neuen Asphalt, es werden auch die Verkehrsinseln verkürzt. Davon versprechen sich die Planer, dass der Schwerlastverkehr die Ein- und Ausfahrten nicht mehr so beschädigen wie bisher. An diesen Stellen wurden in der Vergangenheit zahlreiche Reparaturmaßnahmen durchgeführt. Durch die Verkürzung besteht außerdem die Chance, zur Schulstraße, eine Linksabbiegerspur anzulegen.

Mehr Sicherheit für Radfahrer

Aufpflasterung Gedächtnisstraße

Nach der Fertigstellung werden Radfahrer nicht mehr auf den Bürgersteigen fahren können. Für sie werden Sicherheitsstreifen wie auf der Schulstraße oder auf der Landwehrstraße angelegt. Sie hätten sich in Bergkamen bewehrt.

Die nächsten Abschnitte der Töddinghauser Straße sollen 2014 in Angriff genommen werden. Dann wird auch die Kreuzung mit der Kuhbachtrasse für Radler sichererer gemacht: Der Übergang über die die Töddinghauser Straße wird wie auf der Gedächtnisstraße am Eingang zum Wasserpark und in das Lüttkeholz aufgepflastert. Der Verkehr auf der Töddinghauser Straße wird so gezwungen, die erlaubten 30 km/h einzuhalten.

Die Planungen für die Bauarbeiten auf der Töddinghauser Straße werden zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr am Mittwoch, 15. Mai, ab 17 Uhr im Ratstrakt vorgestellt.

Friedrich Ostendorff demonstriert mit Verdi vor der KIK-Zentrale

Es wird wohl am kommenden Montag, 13. Mai, einer der letzten Aktionen des Grünen-Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff aus Weddinghofen in seinem hiesigen Wahlkreis sein. Ab 10.30 Uhr will er zusammen mit der Dienstleistungsgesellschaft Verdi und Parteifreunden vor KIK in Bönen demonstrieren.

Friedrich Ostendorff

Anlass sind die geschäftlichen Beziehungen des Textil-Discounters zu der Textil-Fabrik, die am 24. April in sich zusammenbrach und nach bisherigen Erkenntnissen über 1000 Menschen, meist Frauen, in den Tod riss.

Noch am Unglückstag ließ KIK verlauten: „Wir können Ihnen mitteilen, dass zu keiner der dort ansässigen Firmen eine Geschäftsbeziehung besteht. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer und den Schwerverletzten dieser Katastrophe."

Dass dies nicht ganz stimmen kann, wurde in einem Film des ARD-Politikmagazins Panorama deutlich. Am Unglücksort fanden deren Reporter eine Bluse aus der aktuellen Verona-Poth-Kollektion. Die gibt es immer noch in den KIK-Filialen zu kaufen, wie die WDR-Lokalzeit Dortmund herausfand. Und: Das Brandschutz- und Gebäudesicherheitsabkommen in Bangladesh habe KIK bisher noch nicht unterschrieben.

Westfälisch hinter die Fichte geführt

Schnell korrigierte dann am vergangenen Freitag KIK die Stellungnahme am Unglückstag: Ein Zwischenimporteur habe in dieser Fabrik bis Anfang dieses Jahres produzieren lassen. „Die Textilfunde stammen aus dieser Zeit." Die letzte Ware sei aber vor dem Unglückstag verschifft worden."

Friedrich Ostendorff sprach in einem Interview mit der Lokalzeit von einer Salamitaktik: Es werde nur das zugegeben, was nicht geleugnet werden kann. „Wir fühlen uns westfälisch hinter die Fichte geführt und es wird mit viel mit Lüge gearbeitet." Seine Bitte an KIK um ein Gespräch sei bisher nicht beantwortet worden.

Ostendorff will am Montag vor der KIK-Zentrale dafür demonstrieren, dass das Unternehmen endlich zu seiner

Verantwortung für die Produktionsbedingungen in Ländern wie Bangladesh steht. Dies ist wohlmöglich einer seiner letzten als Bundestagsabgeordneter in seinem Wahlkreis Unna II mit Bergkamen, Kamen und Bönen.

Natürlich will der Weddinghofener auch einen Platz im nächsten Bundestag einnehmen. Dafür kandidiert der agrarpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion am 22. September allerdings direkt im Kreis Coesfeld. Sein 12. Platz auf der NRW-Landesliste lässt seinen Wiedereinzug höchst wahrscheinlich erscheinen.

Öffentlicher Teil des Stadtmarkts soll künftig Alfred-Gleisner-Platz heißen

Der öffentliche Teil des Stadtmarkts in Bergkamen-Mitte soll in Alfred-Gleisner-Platz umbenannten werden. Über diesen stimmt der Stadtrat in seiner nächsten Sitzung am 23. Mai in öffentlicher Sitzung ab. Eine Adressenänderung wird es allerding für Anlieger des Stadtmarktes nicht geben.

Bergkamens
erster
Stadtdirektor
Alfred Gleisner

„Alfred Gleisner war einer der „Gründungsväter“ der Stadt Bergkamen. Vom 1. Januar bis zum 14. Juni 1966 war er der erste Gemeindedirektor der Großgemeinde Bergkamen, seit dem 14. Juni 1966 (Verleihung der Bezeichnung „Stadt“) bis zu seiner Pensionierung im Juni 1973 dann erster Stadtdirektor der neu entstandenen Stadt Bergkamen“, heißt es in der Begründung für diese Umbenennung.

Und: „Für seine gesamte politische Tätigkeit und seine Verdienste um die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wurde Alfred Gleisner 1973 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, die Stadt Bergkamen verlieh ihm in Anerkennung und Würdigung seines tatkräftigen und unermüdlichen Wirkens zum Wohle der jungen Stadt als bis heute einzigem Träger dieser Würde die Ehrenbürgerschaft.“ (Der gesamte Text befindet sich hier.)

In der Begründung fehlt allerdings ein wichtiges Detail: die Rolle Alfred Gleisners bei der Verhinderung der Demontage der damaligen „Chemischen Werke Bergkamen“. Wäre sein Einsatz und der einiger anderer Persönlichkeiten nicht erfolgreich gewesen, dass gebe es vermutlich heute weder den Chemiestandort Bergkamen mit Bayer (früher Schering) noch die Stadt Bergkamen.

Alfred Gleisner sicherte den Chemiestandort Bergkamen

Was damals vor rund 65 Jahren geschah, könnte durchaus Stoff für einen Thriller sein. Im Herbst 1947 fielen dem damaligen Sekretär der Kreis-SPD Unna und dem Arnsberger Regierungspräsidenten Fries ein Geheimpapier der britischen

Militärregierung in die Hände: eine Liste von 750 Betrieben, die die Alliierten als Entschädigung für die von Nazi-Deutschland verursachten Kriegsschäden demontieren als wollten.

Insbesondere eine Position elektrisierte Gleisner. Auch das Chemische Werk Bergkamen sollte wie die Fischer-Tropsch-Anlagen der Gewerkschaft Victor in Castrop-Rauxel und die Dortmunder Paraffin-Werke GmbH als ehemals kriegswichtige Betriebe und als Wiedergutmachung für Kriegsschäden in seine brauchbaren Teile zerlegt und abtransportiert werden.

Fries und Gleisner brachten diese Liste zusammen mit dem Landrat des Kreises Unna, Hubert Biernat, umgehend nach Hannover zum SPD Vorsitzenden Kurt Schumacher, der sie sofort veröffentlichte. Die Bekanntgabe der 750 Demontagebetriebe löste in den betroffenen Gemeinden und Städten heftige Reaktionen aus.

Eineinhalb Jahre hätten die Arbeiter in Bergkamen in den Aufbau des Chemischen Werks investiert, erklärte Gleisner am 13. Oktober 1947 dem britischen Kommandanten in Unna, Oberstleutnant Baker. Die geplante Demontage sei Wahnsinn. Und: Die Arbeiter seien nicht gewillt, nur passiven Widerstand zu leisten. „Der Marshallplan (Anm.: zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft) wird sinnlos, wenn wir unsere Betriebe demontieren müssen und nicht mehr amortisieren können. Vom Vertrauen der Bevölkerung zur Militärregierung ist nur ein kümmerlicher Rest übrig geblieben.“

Demontage der Chemischen Werke verhindert

Belgische Soldaten rücken zu den Chemischen Werken Bergkamen an. (Anm.: Dieses und das folgende Foto stammen aus dem Nachlass von Hubert Biernat. Er hat selbst fotografiert und hat offensichtlich das Anrücken der belgischen Soldaten vor Ort beobachtet.)

Bis zum endgültigen Demontagebeschluss gingen allerdings noch rund eineinhalb Jahre ins zerstörte Land. Offensichtlich gab es sowohl bei den Amerikanern als auch bei den Briten einflussreiche Kräfte, die vom Sinn solch einer Aktion und damit auch von der Schwächung der deutschen Wirtschaft nicht überzeugt waren. Immerhin hatte auch schon der „Kalte Krieg“, der 1949 in der Berlin Blockade den ersten Höhepunkt erreichte, längst begonnen. Die Westdeutschen hatten sich in ihren Augen allmählich vom einstigen Feind zum möglichen Partner gewandelt.

Unterstützung erhielten die Bergkamener übrigens auch von Seiten der evangelischen Landeskirche. Von Pfarren und Presbytern vor Ort informiert nahm Präses Wilms bei seiner England-Reise Anfang Juni 1949 noch Kontakt mit maßgeblichen Stellen auf den britischen Inseln auf. Er verdeutlichte ihnen, was er von der geplante Demontage hielt: Es sei Unrecht.

Trotzdem erhielt Kreisresidenzoffizier Baker im April 1949 telefonisch die „Vorwarnung“, dass nun die Chemischen Werke in Bergkamen endgültig demontiert werden sollten. Bislang hatte sich der Protest noch auf Zeitungsartikel und Debatten in Gemeinderäten und im Kreistag beschränkt. Nun wurden Demonstrationen durch die Bevölkerung befürchtet.

Bergkamener wehren sich gegen die Demontage

Soldaten räumen Straßensperren weg, die die Bergkamener ihnen in den Weg gestellt hatten.

Die kamen auch und zwar sehr heftig. Bereits bei der Vorbesichtigung am 8. Juni 1949, an der auch Mitarbeiter des Vertragsunternehmens Müller aus Dortmund beteiligt waren, wurde der Vertreter dieser Firma getreten sowie mit Fäusten und Knüppel geschlagen. Eine Folge war, dass Landrat Hubert Biernat, Bergkamens Bürgermeister Johannes Heuser, Direktor Schwenke und der Betriebsratsvorsitzende der Chemischen Werke, Alfred Weber, zum Regionalbefehlshaber nach Düsseldorf zitiert wurden.

Vielleicht war ein Ergebnis dieses Gesprächs, dass sich am 13. Juni, als die Leute der Firma Müller zu den Chemischen Werken anrückten, um die Demontage zu starten, die Belegschaft und der Betriebsrat noch ruhig verhielten. Vor dem Werkstor hatten

sich aber mehrere hundert Menschen versammelt. Darunter befanden sich viele Witwen des großen Grubenunglücks auf Grimberg 3/4. Sie hatten im Bereich der Eisenbahnüberführung in der Nacht mehrere Kohlewagen, Betonklötze und schweres Gerät als Barrikaden aufgestellt. Der Lastwagen mit dem Demontagearbeitern wurde gestoppt.

Die gesamte Aktion wurde zunächst aufgeschoben und belgische Einheiten, die in Unna stationiert waren, gegen 8.30 Uhr alarmiert. Sie rückten gegen 11.15 Uhr mit 250 Soldaten aus, die von drei Abteilungen Schützenpanzerwagen begleitet wurden.

Als die zwei Kompanien auf der Töddinghauser Straße vor der Eisenbahnüberführung eintrafen, hatten die Demonstranten die Barrikaden verstärkt. Für die Schützenpanzerwagen war es aber nicht schwierig, die Barrikaden beiseite zu schieben. Die Belgier drangen in das Werksgelände ein und sicherten es mit Stacheldraht. Gleichzeitig wurden die Werksleitung und die Angestellten verhaftet.

Trotz der Sicherungsmaßnahmen gelang es dem SPD-Sekretär Alfred Gleisner, an der Postenkette vorbei in das Direktionsgebäude der Chemischen Werke einzudringen. Dort erklärte er den Besatzern, dass in den Chemischen Werken die Analyse für die Wetterführung der benachbarten Zeche erfolge. Sollten alle Arbeiter und Angestellten das Gelände Grimberg 1/2, wie verlangt, verlassen, dann könne für die Grubensicherheit nicht mehr garantiert werden. Unklar ist, ob es sich hier um eine Finte Gleisners gehandelt hat. Anschließend mussten jedenfalls nur diejenigen Mitarbeiter das Werksgelände verlassen, die nicht unbedingt für die Sicherheit der Chemischen Werke und der benachbarten Zeche Grimberg 1/2 verantwortlich waren. Sie erhielten Passierscheine.

Bei der Besetzung gingen die Belgier nicht zimperlich vor. So zerstörten sie unter anderem das Mobiliar im Betriebsratsbüro. Zwischen den Besatzern und den vor den Werkstoren demonstrierenden Bergkamenern gab es allerdings keine

ernsthaften Zusammenstöße.

Über die Besetzung der Chemischen Werke und den Protest der Bevölkerung berichtete damals die Presse im In- und Ausland. Nach der Klage der Briten hätten die Reporter damals nur Lügen verbreitet. Dass es überhaupt zu einer militärischen Aktion am 13. Juni 1949 gekommen ist, dafür machte der Kreisresidenzoffizier vor allem Alfred Gleisner und den damaligen Landrat Hubert Biernat verantwortlich. Er sprach sogar von einer „Affäre Gleisner“.

Am 28. Juli 1949 zog die Militärregierung in Arnsberg die belgischen Soldaten von den Chemischen Werken Bergkamen ab. Einen Tag vorher beorderte sie den Bergkamener Bürgermeister, die Vertreter des Werkes und des Kreises Unna zu sich, um sie von diesem Schritt zu informieren. Verlangt wurde von ihnen, alles zu tun, um Zusammenstöße in Zusammenhang mit der weiteren Demontage zu verhindern. Sollte es trotzdem zu Konfrontationen kommen, werde die Militärregierung nicht zögern, das Werk erneut mit Truppen zu besetzen.

„In Bergkamen geht die Arbeit störungslos voran“, heißt es im Monatsbericht des Residenzoffiziers für September 1949. „Die örtliche Bevölkerung scheint das Interesse vollständig verloren zu haben oder hat sich in das Unvermeidliche geschickt.“

„Petersberger Abkommen“ brachte die Rettung

Die Freunde Alfred Gleisner (r.) und Hubert-Biernat (vorn, groß) nach einer Grubenfahrt in den 1950er Jahren. Foto: Kreisarchiv Unna

Der letztlich erfolglose Widerstand der Mitarbeiter der Chemischen Werke und der Bergkamener Bergleute sorgte für großes internationales Aufsehen. Wenig später bemühte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer in Verhandlungen mit den Alliierten um ein Demontagestopp-Abkommen. Ergebnis war 1950 das „Petersberger Abkommen“, durch das die Chemischen Werke Bergkamen und ähnliche Anlagen im Ruhrgebiet von der Demontage ausgenommen wurden. Bereits 1951 wurde in Bergkamen die Produktion wieder aufgenommen.

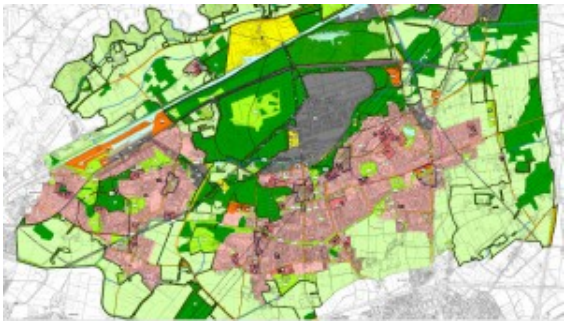
Doch die wirtschaftliche Situation wurde für die Chemischen Werke Bergkamen in den Jahren danach zunehmend schlechter. Erdöl war auf dem Weltmarkt billig zu haben. Die Nachfrage nach dem Treibstoff aus Kohle, der zudem wenig klopffest war, ging gegen null. Und auch für das Nebenprodukt Fett sah es immer schlechter aus. In den Wirtschaftswunderjahren wollten die Deutschen „gute Butter“ auf dem Frühstückstisch haben und keine künstliche Margarine.

Ein Glücksfall war es sicherlich für den Industriestandort Bergkamen, dass die Schering AG wegen der zunehmenden Verschärfung des „Kalten Kriegs“ und der Insellage ihres

Firmensitzes Berlin (West) im Bundesgebiet nach einem Ausweichstandort suchte. 1959 übernahm Schering die Chemischen Werke von der Harpen AG, nicht zuletzt, weil das Unternehmen über eine große Zahl gut ausgebildeter Mitarbeiter verfügte. Um sie weiter zu beschäftigen, lief die defizitäre Fischer-Tropsch-Anlage neben dem Aufbau neuer Produktionsstätten noch bis 1964.

Neuer Flächennutzungsplan für Bergkamen kann jetzt beschlossen werden

Der neue Flächennutzungsplan der Stadt Bergkamen soll nun endgültig vom Stadtrat beschlossen werden. Eine letzte Verzögerung ergab durch das Aus für den Dinopark im Romberger Wald.



Ausschnitt aus dem neuen Flächennutzungsplan

Im ursprünglichen Entwurf war eine Fläche zwischen Industriestraße und Autobahn A1 eingezeichnet gewesen. Diese Fläche bleibt nun auch in Zukunft dem Wald und der Landwirtschaft vorbehalten,
Diese erneute öffentliche Auslegung wurde im Zeitraum vom 11.

März 2013 bis
einschließlich 11. April 2013 durchgeführt. Während der öffentlichen Auslegung wurde der
Plan von zwei Bürgern eingesehen, die allerdings keine Stellungnahme zu dem Plan
abgegeben haben. Die Stellungnahmen von Seiten der beteiligten Träger öffentlicher
Belange und der Nachbargemeinden haben keine Anregungen zum Plan enthalten.

Zunächst wird Ausschuss für Bauen und Verkehr am 15. Mai darüber beraten.

Ratsvorlage zum neuen Flächennutzungsplan

Kreis Unna gibt grünes Licht für die Bebauung des Hofs Osthaus

Der Kreis Unna hat nun endgültig grünes Licht für die Bebauung des ehemaligen Hofes Osthauses mit Einfamilienhäusern durch die Lünener Wohnungsbaugenossenschaft und damit auch für den Bebauungsplan „Zum Oberdorf“ im Oberadener Süden gegeben.

Zuletzt waren es zwei Stellen auf dem Gelände, auf denen Gase aus dem künftigen Baugrund drangen. Nach zweimaliger Überprüfung durch den Gutachter im vergangenen Monat stellten sich diese Gase jedoch als unbedenklich heraus. Die Freigabe des Kreises Unna erfolgte mit Schreiben an die Stadt Bergkamen.

Vorher musste die Wohnungsbaugesellschaft wegen Altlasten den Bauboden praktisch komplett austauschen. Das wurde von den Nachbarn am Oberdorf mit Argusaugen beobachtet. Das war auch gut so, denn ohne ihre Aufmerksamkeit wäre möglicherweise nicht aufgefallen, dass die Lkw teilweise völlig ungeeignetes Material für den Bodenaustausch heranschafften. Zuletzt sorgte das trockene Wetter für weiteren Ärger. Der starke Westwind blies Sand auf die Autos, Häuser und Gärten.

Neue Bushaltesstelle an der Lünener Straße

Inzwischen liegen auch die Stellungnahmen der anderen Träger öffentlicher Belange vor. Die von der VKU und deren Umsetzung wird die Nachbarn freuen. Die VKU bemängelt, dass dieser Bereich nicht ausreichend an das Linienbusnetz angebunden sein. Die nächste Haltestelle an der Jahnstraße ist erst nach einem Fußmarsch von 500 bis 800 Metern zu erreichen. Deshalb schlägt die VKU vor, eine weitere Haltestelle auf der Lünener Straße nahe der Einmündung „Zum Oberdorf“ für die R11 Bergkamen-Lünen einzurichten.

Hier ist die Stadt bereits aktiv geworden. Diese Haltestelle soll nach einer entsprechenden Abstimmung mit Straßen NRW noch in diesem Jahr kommen.

Der Bebauungsplan „Zum Oberdorf“ wird am 15. Mai erneut im Ausschuss für Bauen und Verkehr diskutiert. Es soll dann auch die nächste Beteiligung der Öffentlichkeit vorbereitet werden.

---

1. Mai 1973: Herbert Wehner unterstützt den Kampf um die Bergbau-Arbeitsplätze

Die Feiern zum 1. Mai haben in vielen Städten den Charakter eines Volksfests angenommen. Das war vor genmau 40 Jahren in Bergkamen und Kamen ganz anders. Der 1. Mai 1973 war ein Kampftag: Kurz vorher waren die Pläne der Ruhrkohle AG bekannt geworden, das Bergwerk Monopol in Kamen wie viele andere im Ruhrgebiet auch zu schließen.

Herbert Wehner unterstützte den Kampf der Bergleute im östlichen Revier um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Er sprach bei der Mai-Kundgebung 1973 in der Kamener Sporthalle. Rechts

neben ihm seine Stieftochter und Sekretärin Greta Burmeister und links Monopol-Betriebsratsvorsitzender Heinz Dyduch. Foto: Ulrich Bonke

„Das hätte kurz über lang dazu geführt, dass auch die Zechen in Bergkamen schon recht früh ganz geschlossen wären“, ist heute Manfred Wiedemann überzeugt. Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende der neuen Schachtanlage Monopol in Bergkamen war dabei bei der denkwürdigen Mai-Kundgebung vor 40 Jahren in der Doppelturnhalle am Koppelteich in Kamen. Prominenter Unterstützer des Widerstands gegen diese Schließungspläne und Redner bei dieser Maikundgebung war der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD, Herbert Wehner.

Als Dank für seinen Einsatz hatte der erste Betriebsratsvorsitzende des neuen Bergwerks Monopol, Heinz Weinberger, acht Jahre Wehner zur Einweihung der neuen Zeche eingeladen. Gleichzeitig ging auch das Kohlekraftwerk in Bergkamen Heil in Betrieb. Dort hatte sich, wie Weinberger sich noch gut erinnerte, die gesamte Prominenz versammelt. Nach seine Ankuft auf Monopol sei er gefragt worden, ob er nicht auch lieber zum Kraftwerk fahren möchte, berichtet Weinberger. In seiner bekannt unwirschen Art habe er das abgelehnt, so Weinberg. „Ich bin vom Monopol-Betriebsrat eingeladen worden und nicht von denen. Ich bleibe hier.“

Wie kam es zum Schließungsbeschluss

Die Gründung der Ruhrkohle AG am 27. November 1968 musste nach über zehnjähriger Dauerkrise des Ruhr-Bergbaus vielen Bergleuten wie ein Hoffnungsschimmer erscheinen. Sie wurde, so die RAG in der Sonderausgabe ihres Mitarbeitermagazins „Steinkohle“ anlässlich ihres 40-jährigen Bestehens 2008, „als

Konsolidierungsunternehmen der deutschen Steinkohlenbergwerke gegründet. Ihr Ziel bestand darin, eine gesunde, wirtschaftliche und soziale Basis für den Steinkohlenbergbau an der Ruhr und die Beschäftigten der Branche zu schaffen."

Tatsächlich hat sich die Ruhrkohle AG als ein Instrument erwiesen, diese Industriebranche „sozialverträglich", also ohne Massenentlassungen, allmählich auf null zu fahren. Denn die Hauptprobleme des deutschen Steinkohlenbergbaus konnte auch das neue Mammut-Unternehmen nicht lösen: die fehlende Wettbewerbsfähigkeit auf dem Energiemarkt, die nur durch immense Subventionen durch die öffentlichen Hände ausgeglichen werden konnten.

Zechenschließungen und Arbeitsplatzabbau werden die Folgen sein. Das wurde spätestens im August 1970 klar, als das Unternehmen sein „Grundsatzprogramm" vorlegte, das unterm Strich die Stilllegung und die Zusammenlegung von Bergwerken bedeutete.

Die Schließung der Kokerei Minister Achenbach in Lünen im Dezember 1971 und die Zusammenlegung der Schachtanlagen Haus Aden und Grimberg 3/4 in Bergkamen zum 1. Januar 1972 gehörten zu den ersten Anpassungsmaßnahmen. Die Einstellung des Tagesbetriebs von Grimberg 1/2 Anfang März 1972 fand in der Stilllegungschronologie des Mitarbeiterarbeiter-Magazins schon keine Erwähnung mehr. Rund 1000 Kumpel konnten ab diesem Tag nicht mehr in Bergkamen, sondern nur noch auf der rund fünf Kilometer entfernten Schachtanlage Monopol einfahren. Zwischen diesen beiden Zechen bestand schon in früheren Jahren eine untertägige Verbindung. 1944 wurden sie auch formal zusammengelegt. Eine weitere Stilllegung betraf am 18. Juli des gleichen Jahres die Kokerei der Zeche Sachsen in Hamm. Es folgte am 31. Januar 1975 das Aus für die Zeche Werne und am 30. Juni 1976 für Sachsen in Hamm. Am 12. Juni 1978 kam die Stilllegung der Kokerei Grimberg 1/2. Bis zu diesem Datum wurde dort noch Kohle von der Schachtanlage Monopol verkokst. Deren Kokerei wurde bereits zu Beginn der 40er Jahre zugunsten

der Kokerei von Grimberg 1/2 aufgegeben, weil diese im engen Zusammenhang mit den Chemischen Werken Bergkamen und deren Produktion von Kraftstoffen durch eine Kohlehydrieranlage (Fischer-Tropsch-Anlage) stand.

Stilllegungspläne lösen massive Proteste aus

Auf dem Gelände der Zeche Grimberg 1/2 in Bergkamen entstand bis 1981 das neue Bergwerk „(Neu-)Monopol, die modernste Schachtanlage im europäischen Steinkohlenbergbau. Foto: Ulrich Bonke

Was ebenfalls nicht in den Annalen zum 40-jährigen Ruhrkohle-Jubiläum nicht vermerkt war, waren die Stilllegungspläne in den Schubladen des Vorstands für das Bergwerk Monopol in Kamen aus dem Jahr 1973. Als die bekannt wurden, lösten sie heftige Protestaktionen in der Belegschaft, aber auch in der Bevölkerung und in der Politik der beiden Nachbarstädte Kamen und Bergkamen aus.

Zwei „glückliche“ Umstände sorgten dafür, dass es doch etwas

anders kam. Durch die 1. Ölkrise im November 1973 erhielt plötzlich die Kohle einen neuen Stellenwert in der Energiepolitik der Bundesregierung. So wurden die zig Millionen Tonnen Kohle, die wegen des fehlenden Absatzes auf Halde gekippt wurden, zur nationalen Kohlereserve umdeklariert. Außerdem fanden die Monopoler im damaligen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, einen wortgewaltigen Mitstreiter.

Gerüchte über Schließungspläne für Monopol kursierten schon seit Anfang 1973. Deshalb verzichtete die Schachtanlage darauf, ihr 100-jähriges Bestehen am 3. April 1973 groß zu feiern. Herbert Wehner kam dann am 1. Mai nach Kamen, um unter anderem in der Sporthalle am Koppelteich zu reden. Bei dieser Maikundgebung tauchte zum ersten Mal das Transparent mit der Aufschrift „Monopol muss leben“ auf. Es sollte die zahlreichen Demonstrationen für den Erhalt der Bergbauarbeitsplätze im östlichen Revier in den folgenden mehr als zwei Jahrzehnten begleiten. Ebenfalls Premiere hatte an diesem 1. Mai ein Lied gleichen Titels von der Kamener Songgruppe. Wehner erklärte in Gesprächen am Rande der Kundgebung den damals 3.200 Monopolern und den beiden Städten Kamen und Bergkamen seine volle Unterstützung.

Diese Hilfe von „Onkel Herbert“ wurde auch dringend benötigt, denn am 7. November 1973 tauchten morgens die ersten Rundfunkmeldungen über die geplante Schließung von Monopol im Jahr 1976 auf. „Dieser Beschluss führte bei unseren Kollegen zu Zorn und Unverständnis, weil zu diesem Zeitpunkt der Nahe Osten zum ersten Mal den Ölhahn zudrehen wollte“, heißt es in der Chronik der IGBCE-Ortsgruppe Kamen. Die Niedergeschlagenheit wurde kurz darauf noch größer, nachdem der damalige IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt während einer Jubilarfeier in Kamen erklärt hatte, dass er Monopol keine Überlebenschance zurechne. Als Reaktion darauf riefen die Gewerkschafter zum Schweigemarsch durch Kamen auf.

Am 17. November 1973 empfing Herbert Wehner eine Delegation

aus Kamen und Bergkamen in Bonn. Gegenüber dem Kamener IGBE-Vorsitzenden und Betriebsratsvorsitzenden Heinz Dyduch und den beiden Bürgermeistern aus Kamen und Bergkamen, Friedhelm Ketteler und Heinz Kook, erklärte er, dass die SPD-Bundestagsfraktion sich der Forderung nach Neubau eines Kohlekraftwerks voll anschließe. Zu einem Eklat kam es im Kamener Stadtrat, als er eine Resolution zum Thema verabschieden wollte und sich der ehemalige Kamener Bergwerkschef und damaliges RAG-Vorstandsmitgleid, Dr. Heinz Schucht, sich als SPD-Stadtverordneter für befangen erklärte und den Saal verließ.

Neue Hoffnung keimte auf, nachdem der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt seine Einschätzung der Zukunftsaussichten Monopols änderte. Vor den Delegierten des Gewerkschaftstags in Dortmund erklärte er, dass die IGBE die 5000 bedrohten Arbeitsplätze auf den Schachtanlagen Hansa und Monopol retten wolle. Im September 1974 gab es aus der RAG-Zentrale die ersten Signale, dass sie nun den Stilllegungsbeschluss überdenken wolle.

Neues Kohlekraftwerk soll Arbeitsplätze retten

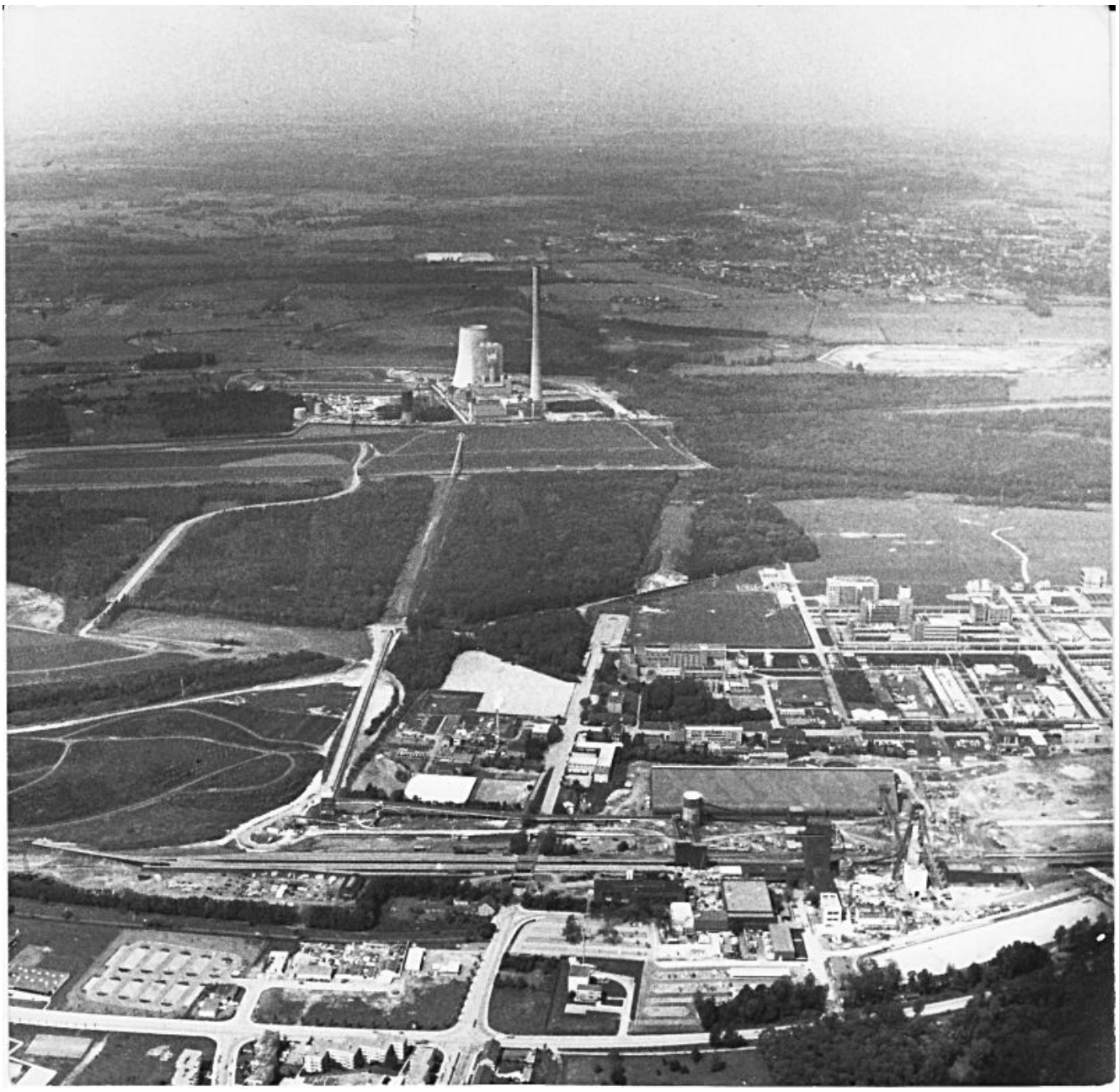
Ministerpräsident Johannes Rau bei der Inbetriebnahme dedes Kraftwerks Heil und des neuen Schachtanlage Neu-Monopol in Bergkamen.

Er vertrat den erkrankten Bundeskanzler Helmut Schmidt. Foto: Ulrich Bonke

Ein Jahr später erklärte die NRW-Landesregierung als Antwort auf eine erneute Resolution der Monopol-Belegschaft, dass die Energiewirtschaft ein neues Kohlekraftwerk bauen wolle. Noch größer war die Erleichterung, als die Bundesregierung sowie die beiden Landesregierungen in Düsseldorf und in Saarbrücken ein Milliardenprogramm zur Stützung der Kohle und zur Sicherung der der Energieversorgung ankündigten.

Anfang März 1975 fasste der RAG-Aufsichtsrat den Beschluss, auf dem Gelände der ehemaligen Schachtanlage Grimberg 1/2 in Bergkamen ein neues, wie es damals hieß, das modernste Bergwerk Europas zu bauen. Drei Monate später erklärte Dr. Klaus Schucht vor Bergbau-Experten aus den USA, die Monopol im Rahmen einer Studienfahrt besuchten, dass durch diesen Neubau die einmalige Chance erwachse, die Rahmenbedingungen für eine „menschenwürdige Industrie“ zu schaffen. Allein der Neubau erforderte eine Investitionssumme von über 500 Mio. DM. Hinzu kamen die Kosten für das VEW/Steag-Gemeinschaftskraftwerk in Bergkamen-Heil.

Über fünf Jahre nach seiner Mai-Rede in Kamen lud der Monopol-Betriebsrat Herbert Wehner noch einmal zum Besuch der Kamener Schachtanlage ein. In der Betriebsversammlung am 22. September 1979, bei der der SPD-Politiker auf jeglichen Polizeischutz verzichtet hatte, überreichte Betriebsratsvorsitzender Heinz Dyduch ihm eine Erinnerungsurkunde mit den Worten „Sie sind ein Freund der Monopol-Belegschaft“.



Luftaufnahme vom neuen Bergwerk Monopol und des Kraftwerks Heil.

Stadt will’s jetzt wissen:

Wie zufrieden sind die Bergkamener mit ihrer Verwaltung?

Wie zufrieden sind die Bergkamener mit ihrer Verwaltung und ihrer Stadt? Dieser spannenden Frage gehen am Montag für 14 Tage acht Studentinnen und Studenten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Münster und Hagen nach.

Vorstellung des Fragebogens für die Bügerbefragung (v.l.): Bürgermeister Roland Schäfer, Studentin Martina Quante aus Selm, Fachdezernent Manfred Turk, die Studenten Philipp Osterwald aus Bergkamen und Ann-Christin Westbrock. aus Drensteinfurt.

Wer in den kommenden zwei Wochen das Rathaus besucht, sollte etwas mehr Zeit mitbringen. Empfangen werden sie von den angehenden Beamtinnen und Beamten, die zum Ende ihrer Ausbildung auch den Hochschulabschluss „Bachelor of Law“ in der Tasche haben, gleich im Foyer. Es gehe natürlich auch, den sechsseitigen Fragebogen mit nach Hause zu nehmen und ihn

ausgefüllt während dieser Frist in den Rathaus-Briefkasten zu werfen, erklärt Studentin Martina Quante.

Bis Mitte Juni wollen die Studenten die Fragebögen auf einer wissenschaftlichen Basis auswerten und einen Bericht darüber schreiben. Das machen sie nicht zum Spaß, sondern quasi im Auftrag der Stadt Bergkamen, die sich von dieser Arbeit wichtige Rückschlüsse für mögliche Verbesserungen verspricht, wie Bürgermeister Roland Schäfer und der fürs Personal zuständige Fachdezernent Manfred Turk betonten.

Ein wichtiger Punkt wären zum Beispiel die Öffnungszeiten. Reichen sie den Bürgern aus oder sollten sie an bestimmten Tagen verlängert werden. Turk weist in diesem Zusammenhang auf die Samstagsöffnungszeit des Bürgerbüros hin. Ursprünglich gedacht war sie für Berufstätige. Doch inzwischen nutzen sie in großer Zahl auch Bürger, die auch an anderen Tagen kommen könnten. „Vor der Hauptreisezeit im Sommer gibt es vor dem Bürgerbüro lange Schlangen. Ein Resultat der Befragung könnte sein, dass das Bürgerbüro samstags länger geöffnet wird“, sagt Turk.

Ähnliche Stellschrauben, die vielleicht nachjustiert werden müssten, könnten zu den Fragen zur Stadt Bergkamen deutlich werden. Wie beurteilen Bergkamen die Öffnungszeiten der Geschäfte oder die kulturellen Angebote der, wollen die Studenten wissen.

Im Jahr 2000 hatte die Stadt eine ähnliche Befragung durch ihre Auszubildenden durchführen lassen. Diese rund 12 Jahre alten Ergebnisse werden mit den aktuellen vergleichen. Trends und Tendenzen sollen dadurch sichtbar werden.

Was Schäfer und Turk natürlich auch schön finden: Diese neue Befragung kostet der Stadt nichts. „Wir hätten damit auch ein teures, kommerzielles Unternehmen beauftragen könne“, nennen Schäfer und Turk eine Alternative. Die andere wäre, darauf zu verzichten. Das wäre natürlich schade, denn dann wüste die

Stadtverwaltung nicht, was die Bergkamener Bürgerinnen und Bürger über sie denken.

Freiherr-vom-Stein-Realschüler schnuppern Berliner Luft

Schülerinnen und Schüler einer 9. Klasse der Freiherr-vom-Stein-Realschule haben bei einer fünftägigen Klassenfahrt „Berliner Luft“ geschnuppert. Natürlich besuchten sie auch den Deutschen Bundestag.

Realschüler aus Bergkamen besuchen „ihren“ Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek an seinem Arbeitsplatz

im Bundestag.

Auf Einladung des heimischen Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek besuchte eine 9. Klasse der Freiherr-vom-Stein-Realschule Bergkamen den Deutschen Bundestag in Berlin. Zunächst nutzten die Schülerinnen und Schüler während einer einstündigen Diskussion mit Oliver Kaczmarek die Möglichkeit, mehr über seine Arbeit als Parlamentarier und über seine politischen Standpunkte zu erfahren.

Im Anschluss erhielten die 28 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch einen Vortrag auf der Besuchertribüne über dem Plenarsaal im Reichstagsgebäude viele Informationen über Funktion und Arbeitsweise des Deutschen Bundestages. „Das politische Interesse der Schülerinnen und Schüler hat mich sehr beeindruckt“, so Kaczmarek. „Wir haben uns vor allem mit Themen des Alltags im
Bundestag auseinander gesetzt.“
Die Schülergruppe aus Bergkamen war im Rahmen einer fünftägigen Klassenfahrt nach Berlin gekommen. Kaczmarek steht für Transparenz in der Politik: „Ich freue mich über Besuch aus meinem Wahlkreis. Es ist mir ein großes Anliegen, dass die Bürgerinnen und Bürger erfahren, was in Berlin passiert und wie ich als Abgeordneter ihre Interessen vertrete.“

Wieder eine Bestnote für die Stadt Bergkamen als Schulträger

Hoch erffreut zeigt sich Schuldezernent und 1. Beigeordneter Horst Mecklenbrauch über das herausragende Ergebnis der

Qualitätsanalyse der Bezirksregierung Arnsberg für das Bergkamener Gymnasium. Das sicherlich auch, weil die Stadt als Schulträger hier erneut mit Bestnoten abschnitt.

Im Ergebnis hat das Städt. Gymnasium Bergkamen dabei sehr gut abgeschnitten. Insgesamt ist testiert worden, dass das Bergkamener Gymnasium besser als der Durchschnitt der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen ist.

Dies gilt auch für den Qualitätsaspekt, der den Schulträger betrifft. In einem der 28 Qualitätsaspekte geht es um den „Lebensraum Schule“. Wörtlich heißt es im Abschlussbericht: „Das Gymnasium präsentiert sich sehr gepflegt und wirkt außen wie innen einladend“.

„Mit diesem Ergebnis wird das Engagement der Stadt Bergkamen als Schulträger gewürdigt. Noch in diesem Doppelhaushalt hat die Schule einen neuen naturwissenschaftlichen Lehr- und Übungsraum bekommen. Der zu einem modernen und multifunktional nutzbaren Sportgelände umgebaute Schulsportübungsplatz wird voraussichtlich im Mai diesen Jahres seiner Bestimmung übergeben werden können“, so Bergkamens Erster Beigeordneter und Schuldezernent Horst Mecklenbrauck. Insgesamt sind damit in die Schule aktuell rund eine Viertelmillion Euro investiert worden. In den Jahren zuvor sind z.B. die Mensa erweitert und ein Aufenthaltsraum neu errichtet worden.

Das Städt. Gymnasium Bergkamen war die sechste Schule in Bergkamen, an der die Qualitätsanalyse durchgeführt worden ist. Dabei ist der Aspekt „Lebensraum Schule“ viermal mit der Bestnote und zweimal mit der zweitbesten Bewertung bewertet worden.

„Insgesamt spiegelt das den guten Zustand der städt. Schul- und Sportgebäude wieder, der regelmäßig und sehr anerkennend von den Schulaufsichtbehörden herausgehoben wird“, so Bergkamens Beigeordneter Horst Mecklenbrauck weiter.